

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meichschen Buchdruckerei (Jahobst D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
verkehr, sowie im sonst.
im Verh. M. 1.80 m. Post-
bestellgeb. Briefe freibl.
Preis einer Nummer
10 Pf.
In Fällen hoh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Ausstatterinnen
jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Graz-Rote Nr. 24
O. V. Oberpostamt Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile
oder deren Raum 25 Pf.
Reklam-Zeile 80 Pf.
Kollektiv-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Ankündigung
20 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Nachver-
fahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifände-
rungen treten sofort alle
früher. Berechnungen
außer Kraft.
Verichtsland für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Austr. wird keine
Gebühr übernommen.

70.

Dienstag den 25. März 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland.

Dr. Stegerwald über Deutschlands Lage nach Neuregelung seiner Reparationsverpflichtungen.

Wiesbaden, 23. März. In einer großen Versammlung der Zentrumspartei sprach Vizepräsident Dr. Stegerwald über das Thema „Deutschlands Lage nach Neuregelung seiner Reparationsverpflichtungen“. Der Minister führte u. a. aus, sein Wunsch könne sein, ob der neue Plan länger ausführbar sei oder nicht. Darüber freilich bestände keine Meinungsverschiedenheit, daß Deutschland allein diesen Plan nicht ausführen könne. Es hänge davon ab, in wie weit die übrige Welt Deutschland einen bevorzugten Platz in der Weltwirtschaft einzuräumen gewillt sei. Eine Ablehnung des Youngplans durch Deutschland hätte bedeutet, daß für Reich und Länder anstatt 60 Millionen 1100 Millionen neue Steuern hätten beschlossen werden müssen; daß von den 10 Milliarden kurzfristige, meist Auslandsschulden von Reich, Gemeinden und Privatwirtschaft bestimmt mehrere Milliarden Markt alsbald zurückgezogen worden wären; daß mit Jurisdiktion der kurzfristigen Guthaben in Deutschland eine große Kapitalflucht eingeleitet haben würde; daß wir in kurzer Zeit aus 5-6 Millionen Arbeitslose hätten einrichten müssen. In einer solchen Situation war in Sachen des neuen Planes die Frage, ob Ja oder Nein, sehr mühsam. Auch eine rechtsgerichtete Regierung hätte bei dem Stand der Dinge nicht Nein sagen können und bestimmt nicht Nein gesagt. An der Finanzmisere des Reiches trage die gegenwärtige Regierung nicht die Hauptschuld. Diese führe zurück auf das große Arbeitsbeschaffungsprogramm vom Jahre 1926, auf die Steuererhöhung von 500 Millionen im Jahre 1928, auf Art und Umfang, wie die Arbeitslosenversicherung 1927 gestaltet wurde, und auf die Beamtenbesoldung von 1927. Der Redner hielt gegenwärtig in der deutschen Wirtschaft vier große Krankheitserscheinungen: die öffentlichen Ausgaben seien zu hoch, die deutsche Kapitalbasis zu schwach und daher das Geld zu teuer; die Rationalisierung sei in der Gütererzeugung übermäßig und in der Güterverteilung zu mangelhaft durchgeführt worden. Die deutsche Landwirtschaft sei in den letzten Jahren unrentabel und daher nicht ausreichend faustkräftig gewesen für den deutschen Markt. Diese 4 Krankheitserscheinungen in der deutschen Wirtschaft hätten als gemeinsame Folgeerscheinung die große Arbeitslosigkeit. Ein überaus großer Bekümmernis sei trotzdem unangebracht. Das deutsche Wirtschaftsvolumen sei im allgemeinen nicht schlecht. Das deutsche Volk zähle noch wie vor zu den fleißigsten und arbeitssamsten Völkern der Welt; es sei auch im ganzen noch sittlich und moralisch gesund. Deutschland stehe allerdings in den nächsten Monaten und Jahren vor entscheidenden Aufgaben. Das deutsche Volk müsse die deutsche Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Steuerpolitik und Sozialpolitik als eine Einheit sehen und beurteilen lernen. Wir müßten in den nächsten Jahren zu einer stabilen äußeren und inneren Wirtschaftspolitik kommen. Bei der deutschen Wirtschaftspolitik sei der Agrarpolitik eine besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Neben der Wirtschaftspolitik müsse den Staats-, organisatorischen und Steuerfragen die größte Sorgfalt angewandt werden. 1930 lösten der deutschen Wirtschaft 2 Milliarden Markt mehr zu. Von 1931 seien 600 Millionen Steuererlöse in Aussicht genommen. In sozialpolitischer Hinsicht herrsche gegenwärtig in Deutschland eine große Verwirrung. Weiße Kreise seien sehr stark gegen die Arbeitslosenversicherung eingestellt. Das sei sehr naiv. Man könne die 3 Millionen meist mangelndes Arbeitslose doch nicht verhungern lassen. Wenn man diese vor die Wahl stelle, ob verhältnismäßige förmliche Arbeitslosenunterstützung oder Arbeit, entschieden sich bestimmt mehr als 90 Prozent für Arbeit. Lediglich über die technische Durchführung der Arbeitslosenversicherung könne man streiten. Die Hauptaufgaben der deutschen Sozialpolitik lägen in den nächsten Jahren nicht auf dem Gebiet der Sozialversicherung, sie bestünde vielmehr in der Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, in einer Wirtschafts- und Steuerpolitik, die in absehbarer Zeit eine aktive Lohnpolitik ermögliche, und in der gleichberechtigten Eingliederung der Arbeitnehmer in den Wirtschafts- und Gesellschaftsorganismus.

Ehrenbreitstein als Reichschrennmal vorgeschlagen.

In Koblenz hat eine Besprechung stattgefunden, an der sich Vertreter zahlreicher rheinischer Behörden beteiligten. In der Besprechung, an der sich auch Reichsjustizminister v. Guericke beteiligte, wurde beschlossen, das Rheinland zu einer einheitlichen Front in der Frage des Reichschrennmals zusammenzufassen. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird auf Grund dieser Aussprache das Rheinland künftig die Festung Ehrenbreitstein als einzigen Plan aller rheinischen Stellen für das Reichschrennmal vorschlagen.

Stahlhelm und Reichspräsident.

Berlin, 23. März. Der Bundesvorstand des Stahlhelms hat in seiner Sitzung vom 23. März einen Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt: Wir erkennen die Annahme des Youngplans und des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens durch den Reichstag nicht als für das deutsche Volk verpflichtend an. Wir sind entschlossen, jede politische Möglichkeit zu benutzen, um die Ketten der auf der Kriegsschuldlast aufgebauten Friedensverträge und aller aus ihnen abgeleiteten Verpflichtungen jedweder Art zu zerbrechen. Auch die Unterschrift des Herrn Reichspräsidenten ändert an dieser Auffassung nichts. Der Sieger von Tannenberg und der große Führer des deutschen Volkes im Weltkriege bleibt für uns der erste Soldat der alten Armee. Dem Reichspräsidenten aber, der die Verantwortung für die Verletzung des deutschen Volkes auf Geschlechter hinaus glaubt auf sich nehmen zu müssen, vermag das Frontsoldatengeschlecht aus seinem Verantwortungs-

bewußtsein heraus nicht zu folgen. Wir haben das Vertrauen verloren, daß eine Regierungsgewalt, die dem deutschen Volke die Freiheit wiederbringen wird, unter dem heutigen System geschaffen und getragen werden kann von Parteien und von irgendeiner aus Parteiberechnungen zusammengesetzten Volksvertretung. Wir fordern für den Staatsaufbau eine wahrhaft freie, von keiner Partei- und Interessenspolitik getriebene Führung, eine starke Reichsgewalt, unter deren Schutz und Förderung die Bundesstaaten ihr Eigenleben zur höchsten Leistung für die Nation entfalten können. Wir fordern die Wiederanrichtung der deutschen Wehrmacht, deren Grundlage die Erziehung der Jugend zur Ehre und vor der großen Vergangenheit unseres Volkes, zum Wehrwillen und zur christlich-sittlichen Lebensführung ist.

Kaufmännische Buchführung bei der Reichswehr.

Berlin, 24. März. Der Reichswehrminister beabsichtigt, vom 1. April ab das Kassensystem der gesamten Reichswehr umzuorganisieren und es auf eine kaufmännische Basis zu stellen. Grund zu dieser Umorganisation geben die umfangreichen Unterstellungen in der Reichswehr, die in den letzten Jahren den Betrag von 4 Millionen M. überschritten haben. Während bisher jedes Wirtschaftsbereichs, Verpflegungs- und Unterhaltungsseiner eigene Kasse verwaltete, wird es nunmehr am Standort nur eine Kasse geben, die von den Subhaltungen getrennt wird. Die Kasse wird in Zukunft nur auf Anweisungen des Buchhalters die erforderlichen Gelder auszahlen dürfen, und die Leistungen werden zur Buchhaltung, wie in jedem kaufmännischen Betrieb, zurückgeben. Der Minister glaubt, daß in Zukunft durch ein derartig verschärftes und vereinfachtes Kontrollsystem der Unterstellungsbüro ein Ende erreicht wird. Ueber die Verantwortung ist vor kurzem im Haushaltsausschuß des Reichstags mitgeteilt worden, daß in den Jahren 1924 bis 1928 insgesamt achtunddreißig Fälle von Unterstellungen bei der Reichswehr bekannt geworden seien, durch die dem Reiche ein Schaden von 770 000 Mark entstanden ist. Wie die „Montagspost“ erzählt, zerfallen diese Fälle in 3 große, 11 mittlere und 21 kleine Veruntreuungen. In der Spitze stehen die Unterstellungen beim Kirchendienstamt der Kommandantur in den Jahren 1925/28, die allein die Höhe von 480 000 Mark erreichten. Das Ministerium hat für diese Fälle, in dem mangelnde Kontrolle der Unterstellungen begründet hatten, nicht weniger als 12 Kontrollbeamte bittbar gemacht.

Neuer Rückzug der Sowjets.

Berlin, 24. März. Kurz nach der Schenkung in der Außenpolitik des Sowjets hat jetzt der Zentralvollzugsausschuß einen neuen Erfolg herausgegeben, der den schwarzen Klassenkampf gegen Millionen entrechteter Angehöriger des sogenannten niederen Volkes, das heißt der nichtproletarischen Volksschichten, wenigstens teilweise aufhört. Nach dem Erfolg dürfen in Zukunft die Angehörigen des niederen Volkes nicht mehr aus ihren Wohnungen vertrieben, auch nicht mehr aus den Städten verbannt werden. Sie erhalten wie die Proletarier von nun an Brot- und Lebensmittelkarten, ärztliche Behandlung und die Erlaubnis, ihre Kinder in die öffentlichen Schulen zu schicken. Das Stimmrecht wird vorläufig diesen Volksschichten noch nicht zugestanden. Sie dürfen auch noch nicht in die Gewerkschaft eintreten und auch keine Renten beziehen.

Reichsfinanzler a. D. Marx über die Schicksalskunde des deutschen Volkes.

Magdeburg, 23. März. In der bei Magdeburg gelegenen Koblenzstadt Schöneberg a. d. Elbe sprach heute der ehemalige Reichsfinanzler Dr. Marx vor den Finanzwählern des Bezirks über „Die Schicksalskunde des deutschen Volkes“. Er betonte die fehlende Einheit des deutschen Volkes. Es habe ihn mit tiefstem Schmerz erfüllt, daß selbst über die Feier des Sonntags, der schon seit Jahren als Gedächtnistag für die Gefallenen bestimmt sei, die Meinungen des deutschen Volkes auseinander gingen. Gerade heute sollte dem deutschen Volke ein solcher Tag nicht vorenthalten und verkleinert werden. Dann gab Marx einen Überblick über die Ereignisse seit der Zeit der Revolution. Damals sei der Revolution, wie auch in Weimar, habe das Zentrum stets genützt, welcher Weg zu gehen sei, weil es durch seine Weltanschauung den Maßstab für alle Dinge habe, weil sein erster Grundgedanke die Wahrheit sei und das Festhalten an seinem Glauben. In der Frage Monarchie oder Republik gelte dem Zentrum als Richtschnur immer nur das Wohl der Allgemeinheit und nicht das Wohl einer Regierung. In Zusammenfassung der Kritik der Tätigkeit des Zentrums während der rheinischen Unruhen und während der Inflation erklärte Marx: Nur durch die Pflichttreue und die Aufopferung der Deutschen Zentrumspartei ist es gelungen, das Deutsche Reich zusammen zu halten. Das Zentrum darf mit Recht für sich den Anspruch erheben, daß es die wahrhaft nationale Partei ist, die Volk und Vaterland gerettet hat. Eingehend behandelte Dr. Marx die Frage der Kriegsschuld. Wenn jetzt der Youngplan angenommen und ratifiziert sei, werde man die Zeit finden, um diese Frage zu regeln und zu klären. Der Vorwurf werde aber nur durch wissenschaftliche historische Untersuchungen von und genommen und nicht durch Proteste. Ueber die Taktik des Zentrums bei der Beratung des Youngplans erklärte der Redner, es habe die Gefahr bestanden, daß nach Erledigung des Youngplans die Parteien sich von der Regierung zurückgezogen und dem Zentrum allein die Ordnung der finanziellen Verhältnisse überlassen hätten. Das Zentrum aber wolle, daß die Verantwortung auch von den anderen Parteien getragen werde. Und nur das Wort des Reichspräsidenten, das mehr gelte, als das Wort irgendeines Parteiführers, habe das Zentrum umgehört. Mit Worten höchster Anerkennung für den Reichs-

präsidenten schloß Dr. Marx seine mit großem Beifall begrüßte Rede.

Ausland.

London, 24. März. Die bisherige Erfolglosigkeit des Protagandamarshes Gandhi veranlaßt die jüngeren indischen Nationalisten zu einer immer schärferen Haltung in der Boykottfrage.

Moskau, 24. März. Der deutsche Botschafter in Moskau, von Dierken, hatte mit Witwinow erneut eine Unterredung über die deutsch-russischen Beziehungen.

Tardieu über die Rheinlandräumung.

Paris, 23. März. In der getrigen gemeinsamen Sitzung der Kammerausschüsse für Auswärtiges und für Finanzen, in der Ministerpräsident Tardieu und Außenminister Briand auf Fragen über den Youngplan antworteten, führte Briand auf die Frage des sozialistischen Abgeordneten Grambsch wegen der Räumung aus: Frankreich hat keinen Grund und auch kein Interesse, die Rheinlandräumung zu verlängern. Alles gestattet mir zu erklären, daß die Räumung des Rheinlandes zum vorgesehenen Zeitpunkt beendet sein wird. Es wäre denn, ein nicht vorherzusehender Umstand tritt ein, beispielsweise die Beigerung des Parlaments, den Youngplan zu ratifizieren, damit der für die Räumung festgesetzte Zeitpunkt geändert werden könne. Die Ratifizierung ist die einzige notwendige Bedingung, damit der Räumungszeitpunkt eingehalten wird. Uebrigens glaube ich zu wissen, daß der Kriegsminister bereits sämtliche notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um die Räumung durchzuführen. Auf die präzisere Frage des Abgeordneten Franklin Bouillon, ob das Rheinland vor dem 30. Juni geräumt werden würde, habe Briand kurzgehandelt erwidert: Ja, die Räumung wird zu diesem Zeitpunkt beendet sein. Der sozialistische Abgeordnete Grambsch fragte unter Verbindung des Begriffes Sicherheit und Rheinlandräumung, innerhalb welcher Frist die Räumung beendet sein könne. Tardieu antwortete darauf, daß das eine Frage des guten Glaubens und der Auslegung sei; Frankreich habe das größte Interesse daran, möglichst rasch die Räumung vorzunehmen, damit es den moralischen Gewinn der Räumung davontrage. Auf eine Frage, was die Worte des Saager Abkommens von der Wiedererlangung der Aktionsfreiheit der Rächte im Falle eines Schiedsgerichts des Völkerrechtsbedeuteten, antwortete Ministerpräsident Tardieu, man müsse in diesem Falle auf das Völkerrecht Bezug nehmen, das die Bedeutung dieser Aktionsfreiheit definiere. Auf eine neue Frage des Abgeordneten Guin, ob diese Formel die eventuelle Wiederbesetzung des Rheinlands in sich schließe, antwortete Ministerpräsident Tardieu, daß die Aktionsfähigkeit Frankreichs eine völlige bleibe. Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten wird am Freitag zusammenzutreten, um den Bericht des Abgeordneten Gaston Soulier über den Youngplan entgegenzunehmen.

Letzter Rettungsversuch in London.

London, 24. März. Unter den Delegationen der Flottenkonferenz scheint allgemeine Ueberstimmung zu herrschen, daß die Fünfmächtekonferenz nicht über die heute beginnende Woche verlängert werden soll. Wenn es nicht in den nächsten 3 bis 4 Tagen gelingt, das französisch-italienische Problem zu lösen, wird die Fünfmächtekonferenz in aller Form beendet werden. Danach werden die englischen, amerikanischen und japanischen Delegierten zur Beratung eines Dreimächtepaktes schreiben, für den bereits sehr weitgehende Vorbereitungen getroffen worden sind. Vorher will MacDonald doch noch einen letzten Versuch machen, die Konferenz zu retten. Er will eine Plenarsitzung einberufen, in welcher England als einladende Macht noch einmal seine Anregungen für die Wristlung zur See vorbringen wird, die es schon vor Beginn der Konferenz bekannt gegeben hat. Wenn dieser letzte Appell keine Gegenliebe findet, wird Schluß gemacht werden.

Seltener Schuß des Prinzregenten.

Stambul, 23. März. Eine heute aus Bukarest eingetroffene Persönlichkeit, deren Behauptungen nicht angezweifelt werden können, teilt mit, daß vor einigen Tagen zwei Inspektoren des kaiserlichen Ackerbauministeriums vom Ministerpalast zum Inspeziere der Wälder um den See Snagov entsandt wurden. Diese Wälder liegen etwa 30 Kilometer von Bukarest entfernt. Als die beiden Inspektoren, um in die Wälder zu gelangen, durch einen der zum Prinzregenten gehörenden Wälder fuhren, wurden sie gefangen genommen und auf dem Dachboden eines Hauses 21 Stunden lang kraftlos zurückgehalten. Ein Bauer erfuhr hiervon und machte dem Ackerbauminister Mitteilung, worauf die beiden Inspektoren in Freiheit gesetzt wurden. Zwei Tage nachher fuhr Ackerbauminister Riboloff auf demselben Weg nach Snagov, als plötzlich eine Gewehrkugel sein Auto durchschlug und zwischen ihm und dem Chauffeur hindurchschiff, ohne jemand zu verletzen. Der Minister ließ sofort sein Auto anhalten, stieg aus und fand sich vor dem Prinzregenten Nikolaus. Der Minister sagte: „Ich bin es, königliche Dohheit, wollen Sie mich erschließen?“ Der Prinzregent antwortete nicht und verließ im Wald.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 22. März. Wichtiger Prüfungsplan für Kriegserkrankte. Von der Aufzugsabteilung des Bezirks Kriegserkrankten wird mitgeteilt: Von verschiedenen Seiten ist bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Frist zur Beantragung von Elternrente nach dem Kriegserkranktengesetz, die verschiedentlich verlängert worden ist, mit dem 31. März d. J. abläuft. Der Verband der Kriegserkrankten und



bedauerlich, daß nicht haben. Im Schülern befindet, deren 18 Schüler aus dem unteren n Grund in der n unzulänglichen unten 20 Schüler samt Neuenburg. Schule im Bezirk der Schüler be- den behandelten n Mühewaltung Zeichnungen, die sie gaben, fanden März. (Noch ein ten befindet sich, der zusammen dem Stuttgarter hatte. Der Gr- ist als erst zu en nach England

eründung wegen andels- und Ge- erzeitigen schwe- reiche anlässlich reims im Jahre Es soll dadurch der Leistungs- der Stadt und erhofft die Ver- eilebung des hie-

schneiter.) In daß ein Eltern- Sohn unter e. Und das ging wurde die Tod- icht, um kleiner um 6 Uhr abends der angebliden n begreiflicher- Schwestern ent- war mittlerweile den beiden harte nne Befürchtun- weisheit haben n. Ge- und deder wie sie bei der ndar das Deim- nter Vater fiel ein icht ausgefacht mag dabin-

Sprengmitteln.) der Nacht auf verdeckter Georg is sich in einem n Dammheim.

Auswahl

kleidern

ern

hoch wie iont was wir jetzt

e, wie Vasson ihr Bekanntheit verkehrunden

den Heimwee auert hat, ist er eich und schlief

chte heimgehen obliegen, gefel dem allem ist hifferin, schuld unverdächtig ins Blut ge- ieben und Br- iunkeln wie

dos lächelt dit n nachdrücklich n noch Brand- er ist entlassen, t dich alsdann ten!"

Brigitte, aut

ff. „Du kennst tischen!"

arüd. Am Hof

Bauer! Weh so viel schreit er haust!"

erung folgt.)

Bezirksamt Dillingen, bestand durch Einbruch Sprengmittel (Zündschnur, 900 Zündkapseln, 300 elektrische Zünder und 26 Ammonitfiprengpatronen im Gesamtgewicht von ungefähr 5 Zentnern, sowie etwa 1 Zentner Sprengstoff) verwendet. Für die Ergreifung der Täter wurde nunmehr eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Baden.

Sturzheim, 21. März. Eine aufregende Szene, die den Zuschauer Schrecken einflößte, spielte sich am Samstag am Durlacher Bahndamm ab. Dort kam ein Personenauto mobil und wollte bei nicht geschlossener Schranke die Gleise überfahren. Im selben Augenblick braute ein Zug heran, ein Zusammenstoß schien unvermeidlich. Das Auto stoppte ab, der Jungfänger sah glücklicherweise das gefährdete Automobil im rechten Augenblick, bremste mit aller Gewalt und brachte den Zug direkt vor dem Auto — mit ganz winzigem Abstand — zum Halten. Inzwischen waren überdies noch die Schranken herantgerollt worden. Man kann sich denken, welchen Schrecken die Insassen des Autos davontrugen, die nur durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers gerettet worden sind.

Bermischtes.

Den Stiefvater erschlagen. Der Bergmann Martin Belzel stellte sich Freitag der Damborner Polizei. Er hat seinen Stiefvater Ernst Belzel erschlagen. Wie der Täter angibt, hatte ihn sein Stiefvater nach Betreten des Hauses aus der Wohnung gewiesen. Außerdem hatte er ihm das Abendbrot verweigert, so daß es zu einer erregten Auseinandersetzung kam. Als schließlich Ernst Belzel seinen Stiefsohn mit einem Brotmesser bedrohte, griff der Sohn zu einem Hammer und schlug hiermit mehrere Male auf seinen Stiefvater ein. Die ersten Verletzungen waren so schwer, daß Ernst Belzel gleich starb.

Zum Samminungsland im Sojnanental. Am 20. d. M. gegen 8.45 Uhr morgens sind bei der Jahnthalbrücke (nicht Jahnthalbrücke) durch eine losgetretene Lawine 3 Personen tödlich verunglückt. Die Toten sind Frau Gertrud Veinrich, Regierungsbauamtsleiterin aus Heilbronn, Lotte Berge aus Stuttgart und Helga Epig aus Freiburg i. B. Ungefähr 20 Meter oberhalb der Jahnthalbrücke wurde diese Gesellschaft von der Lawine verdrängt, die vermutlich von einer weiter oberhalb laufenden Schifffahrtsgruppe abgetrieben worden war. Die Ermittlungen des näheren Tatbestandes erfolgten von Landes aus am Freitag durch eine Gendarmeriepatrouille, die unter tags wegen Lawinengefahr nicht vorgehen konnte. Die Leichen wurden heute früh erst nach Landes gebracht und werden von dort aus nach München bzw. Stuttgart überführt. Im Ganzen sind 6 Personen von der Lawine verdrängt worden. Während die bereits genannten 3 Damen getötet wurden, konnten 3 Herren in Abständen von 1 bis 6 Stunden noch lebend geborgen werden. Der nach 6 Stunden gefundene Schiffszweck soll ziemlich schwer verletzt sein.

Eine seltene Lufttaufe. Im Flughafen von Paris herrscht die hübsche Sitte, daß jemand, der zum erstenmal aufsteigt, also, wie man in Frankreich sagt, die Lufttaufe empfängt, über diese erfreuliche Tatsache eine nette kleine Urkunde ausgefertigt bekommt. Vor ein paar Tagen hatte das Flugamt Gelegenheit, zwei solche Urkunden auszufertigen, wie sie wohl noch niemals vorgekommen sind. Die eine erweist ein oberflächlicher Oberprüfer, der zum Besuch eines hohen französischen Gesandten in Paris wollte und die Gelegenheit benutzte, ein Flugzeug zu besteigen. Die andere aber besaß — eine flüchtige Dame, die Witwe eines Generals. Sie hat den Reporter erklärt, ihr Gatte habe ihr nie erlaubt zu fliegen. Nun sei er vor einem Jahr gestorben und sie möchte ihm nicht folgen, ohne dieses größte Erlebnis, das unsere Zeit zu bieten vermöge, noch gehabt zu haben. Die alte Dame betrat das Flugzeug ohne eine Spur von Angstlichkeit, machte den Rundflug über Paris mit lautestem Aufschrei, nahm ihre Urkunde in Empfang und erklärte, ihre nächste Erholungsreise bestimmt im Flugzeug machen zu wollen. Der Direktor der Flugschiffahrt war nobel genug, der Greisin für ihr ganzes Leben einen Preis zu verabreichen, was diese vernünftig annahm.

Eine Erfindung Marconi's. Marconi, der Erfinder des Radios, hat in diesen Tagen seinen neuesten Apparat ausprobiert, der es möglich macht, Verbindungen auf viele tausend Meilen herzustellen, wobei die Stimmen mit der Deutlichkeit eines Stadtlebendgesprächs zu vernehmen sind. Die ersten Versuche wurden angedeutet zwischen Genoa, wo gegenwärtig die Experimentierstadt Marconi verankert liegt, und Sibirien, der Hauptstadt Australiens. Am Mittwoch beabsichtigt Marconi folgenden Experiment auszuführen: Durch Transmission einer Energiemenge will er den Stromkreis im Gebäude der elektrischen Anstaltung zu Sidney schließen und somit auf 10 000 Meilen Entfernung die Ausstellungen illuminieren. Aus dieser Erfindung verflucht sich Marconi bedeutende Umsätze für die Kabelbetriebe. Doch warnt er vor Ueberreibungen und falschen Darlegungen, da man in Italien seine Erfindung bereits dahin gedeutet habe, er könne mit seinem gegenwärtigen Apparat die zur Beleuchtung des Sibirischen Küstengebietes überhaupt erforderliche Energiemenge liefern, was aber nicht der Fall sei. Marconi wird in den nächsten Tagen, wie er Pressevertretern ankündigte, ähnliche Versuche mit New York und Buenos Aires unternehmen, und dann erst, wenn auch diese geglückt sind, mit den Einzelheiten seiner Erfindung an die Öffentlichkeit treten.

Der Streit im Fürstentum von Monaco. Das Urteil des Appellationsgerichtshofes über die Trennung der ehelichen Gemeinschaft der Gräfinn von Monaco, Charlotte, und des Prinzen Peter wird in zwei Tagen verkündet werden. Ein Tagesblatt will bereits die Hauptbestimmungen mitteilen können. Die Kinder würden danach abwechselnd den beiden Gattinnen anvertraut werden, doch werde Prinz Peter die Leitung der Erziehung behalten. Prinz Peter, früher Graf zu La Polignac, wird auch seinen Titel Prinz Grimaldi beibehalten, ohne daß ihm daraus politische Rechte erwachsen. Er werde auch nicht behalten sein, in Monaco zu wohnen. Im Fürstentum behält er zwar große materielle Interessen, doch verliere er jeden Anspruch auf die Nachfolge des regierenden Fürsten. Weiter wird noch bekannt, daß dem Prinzen Peter anvertraut worden ist, die Ägide der Prinzessin Charlotte wahrzunehmen. Nur auf ausdrückliche Genehmigung hin wird es ihm in Zukunft gestattet sein, das Fürstentum wieder zu betreten. Dem Prinzen wird andererseits eine Jahres Pension von 400 000 Franken zugesichert.

Hier Blüher in Konturs. Wie aus London berichtet wird, ist über das Vermögen des in London lebenden Fürsten Blüher der Konkurs verhängt worden. Es handelt sich um einen Großteil des Feldmarschalls, der mit einer Engländerin verheiratet ist und schon vor dem Kriege in England lebte. Die Familie besaß ein großes Vermögen, darunter eine kleine Insel im Mittelmeer, ausgedehnte Besitzungen in Skandinavien, die aber bei Kriegsausbruch konfisziert wurden, da der Fürst mit seiner Gattin nach Deutschland zurückkehrte. Nach Kriegsende übersiedelte das Fürstentum wieder nach London. **Schnellfahrt der „Europa“.** Die „Europa“ hat am zweiten ihrer Fahrt 70 Seemeilen zurückgelegt. Trotz stürmischer

Nacht betrug die Durchschnittsgeschwindigkeit 28,1 Seemeilen. Am Sonntag vormittag berichtete blauer Himmel. An Bord wird viel Sport getrieben. Die „Europa“ befand sich am Sonntag mittag auf folgender Position: 41 Grad 41 Meilen Nord, 16 Grad 56 Meilen West. Bisher hat die „Europa“ ihr Schwesterschiff an Geschwindigkeit übertroffen, denn die „Bremen“ hatte am zweiten Tage ihrer ersten Fahrt nur 67 Seemeilen, also 11 Meilen weniger als die „Europa“ zurückgelegt. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der „Bremen“ betrug auf ihrer Jungfernfahrt 27,8 Knoten. Bei voller Rechenleistung können aber beide Schiffe mehr als 30 Knoten Stunden durchschnittlich veranschlagen. Wie jetzt ist noch gar nicht abzusehen, ob die „Europa“ den von der „Bremen“ erreichten Rekord unterbieten und das Blaue Band erringen wird. Es liegt auch nicht in der Absicht des Kommodore Johnson, eine Wettfahrt zu unternehmen.

Der Hamburger Dampfer „Oceana“. der auf einer Mittelmeerreise begriffen ist, geriet am Samstag östlich von der Insel Tenedos am Eingang der Darbanelen auf eine Sandbank. Das Schiff wurde nicht beschädigt, ist aber doch so fest, daß es bis Sonntag abend noch nicht wieder freigegeben war und die 200 Fahrgäste von zwei türkischen Dampfern abgeholt und nach Konstantinopel gebracht werden sollten. Nachdem die Fahrgäste die „Oceana“ verlassen haben werden, sollen Abschleppungsversuche beginnen. Man hofft, das Schiff baldig wieder flott zu bekommen, so daß die Fahrgäste väter wieder von der „Oceana“ in Konstantinopel an Bord genommen werden können. Die Reise wird dann wie vorgesehen fortgesetzt werden. Das Schiff liegt an einer völlig gesicherten Stelle. Das Wetter ist gut; die See spiegelglatt.

Eine arme Millionärin. In einem Sanatorium in Neapel starb die 81 Jahre alte Witwe des Eisenbahnmagnaten Flagler. Die Verstorbenen hinterließ ein Vermögen von 16 000 000 Dollar, das von einem Rechtsbeistand verwaltert wurde. Frau Flagler bildete sich ein, bettelarm zu sein, warnte jeden Fremden, trotzdem sie über große Summen verfügen konnte und klagte über Entbehrungen, die sie zu ertragen habe.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 24. März. Landesproduktionsbericht. Auf dem Getreidemarkt ist in abgelaufener Woche eine wesentliche Preissteigerung eingetreten, hervorgerufen einerseits durch die bevorstehenden Zollrückführungen, andererseits infolge erhöhter Forderungen der Exportländer. Das Geschäft war lebhafter und wurden insbesondere größere Posten bereits verpachtet. Es notierten je 100 kg: Auslandsweizen 28—31 (am 17. März: 27,50—30,25), Weizen 26 bis 28,75 (25—28), Sommergerste 18—20 (am 17. März: 14,50—15,50 (14—15,50), Weizen 6—7 (7—8), Kleber 8—9 (8—10), braunge- reiftes Stroh 4—4,50 (4—4,80), Weizenmehl 40,75—41,25 (39,75 bis 40,25), Brotmehl 30,75—31,25), (29,75—30,25), Kleie 8—8,25 (am 17. März).

Neueste Nachrichten.

Ulm, 24. März. Auch in Ulm haben im Zusammenhang mit den Verhaftungen bei der Reichswehr wegen nationalsozialistischer Propaganda Hausdurchsuchungen bei Führern der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei stattgefunden. Die Untersuchung der Angelegenheit in Berlin soll dazu geführt haben, daß in Ulm vier neue Verhaftungen vorgenommen wurden. Hierbei handelt es sich wahrscheinlich um Teilnehmer an den geheimen Besprechungen, die zwischen nationalsozialistischen Führern und jüngeren Reichswehroffizieren sowie anderen Persönlichkeiten in Ulm stattfanden. Dabei suchten sich die Nationalsozialisten die enge Mitarbeit ihnen nachstehender Offiziere zu sichern, um als Vorbild zu erreichen, daß die Reichswehr gegen die nationalsozialistischen Verbände bei einem einmaligen Aufstand gegen sie von der Waffe nicht Gebrauch mache.

Karlsruhe, 24. März. Der Schriftleiter der nationalsozialistischen Wochenzeitung „Der Führer“, Dr. Otto Wacker, wurde wegen öffentlicher Beleidigung des badischen Landtags zu 600 Mark Geldstrafe, eventuell einem Monat Gefängnis, verurteilt. In dem genannten Blatt ist am 18. Januar ein Artikel erschienen, der die Aushebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Robert Wagner zum Gegenstand scharfer Angriffe auf den Landtag gemacht hatte. Dem Landtag wurde der Vorwurf gemacht, er habe sich deoat vor dem Ausland verbogen. Gegen das Urteil will Dr. Wacker Berufung einlegen.

Wien, 25. März. Gestern abend sind die ausgedehnten Fabrikanlagen der Lederwerke Heindlbrunn A.-G. durch ein Großfeuer fast völlig vernichtet worden. Der Feuerwehrensatz, der mit etwa 12 Schlauchstellungen gegen das Flammenmeer vorging, gelang es nur, das Maschinenhaus und die zum Werk gehörenden Wohnhäuser, die infolge des starken Funkensturzes aufs äußerste gefährdet waren, vor Schonen zu bewahren. Wiederholt mußten Löschmannschaften auch an anderen Häusern des Stadtteils Heindlbrunn Brandherde bekämpfen, die sich dort durch Funkenflug gebildet hatten. Der Brandschaden beträgt mehrere Hunderttausend Mark. Der Betrieb des Lederwerks, das mit 80 Arbeitern voll beschäftigt war, ist gänzlich stillgelegt. Die Fabrik ist bis auf das Kesselhaus und das Transformatorwerk abgebrannt.

Eidenscheid, 25. März. Der Fischhändler Soblonski tötete heute früh seine Frau, mit der er in Ehedingung lebte, und seine 13jährige Tochter durch mehrere Revolverschüsse. Daraus brachte er sich einen schweren Kopfschlag bei, der vorübergehend zu seinem Tode führen wird. Die anwesende Schwiegermutter sank vom Schläge getroffen, tot zusammen.

Berlin, 24. März. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichsrats hat dem Vorschlag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zugestimmt, wonach der Verzehrslohn für Inlandweizen auch für den Monat April um 50 Prozent herabgesetzt wird.

Berlin, 25. März. Der Vormittag meldet aus Weimar: Die seit Wochen geplanten Abbaumaßnahmen gegen Beamte in Thüringischen Ministerien haben nunmehr begonnen. Im Volksministerium ist der der Deutschen Volkspartei nahestehende Ministerialdirektor Dr. Wustig, im Justizministerium der politisch ebenso eingestellte Ministerialdirektor Dr. Müller in den Wartestand versetzt worden. Von denselben Maßnahmen sind gleichzeitig im Volksbildungsministerium neun höhere, im Finanzministerium ebenso elf höhere und zwei mittlere Beamte betroffen worden. Auch unter diesen sollen einige der Deutschen Volkspartei nahe stehen.

Berlin, 24. März. Der Reichsarbeitsminister hat durch Erlass vom 21. März 1930 für die Betriebe und Gewerbe, in denen eine betragsmäßige Arbeitslosigkeit eintritt für das ganze Reichsgebiet anerkannt ist, das Ende der betragsmäßigen Arbeitslosigkeit für den Winter 1929/30 auf den Ablauf des 29. März 1930 festgelegt.

Berlin, 24. März. Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 25. März d. J. den Wechselkurs von 5 1/2 Prozent auf 5 Prozent und den Lombardzinsfuß von 8 1/2 auf 6 Prozent herabgesetzt.

Berlin, 24. März. Wie mir hören, hat die Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers aus Anlaß der Ermäßigung des Reichsbankdiskontozins von 5 1/2 Prozent auf 5 Prozent beschlossen, die Zinsätze mit Wirkung vom 25. März wie folgt abzuändern: Sollsätze von 6 1/2 Prozent auf 6 Prozent p. a., Habensätze für tägliche fällige Guthaben in provisionsfreier Rechnung von 3 Prozent auf 2 1/2 p. a., in provisionspflichtiger Rechnung von 3 1/2 Prozent auf 3 Prozent p. a. Der Zinsfuß für Einlagen auf Sparkonto bleibt mit 5 Prozent p. a. unverändert.

Berlin, 24. März. Unter den einmöglichen Ausgaben des Luftfahrtministeriums für 1930 befindet sich auch eine Summe von 3,15 Millionen Mark für den Luftschiffbau Zeppelin, nämlich als Rest einer Reichsbeihilfe zum Luftschiffbau 2,65 Millionen Mark und als Beihilfe an den Luftschiffbau Zeppelin für Verlehn- und Studienfahrten mit Luftschiffen 500 000 Mark.

Berlin, 24. März. Die Polizei hat vier Nationalsozialisten festgenommen, die unter dem Verdacht standen, in der Nacht zum Son-

ntag, 16. Februar die Synagoge am Kottbuser Ufer mit roter Farbe beschmier zu haben. Ein fünfter beteiligter Nationalsozialist hält sich zur Zeit noch verborgen, ist aber der Persönlichkeit nach bekannt. Die vier Festgenommenen haben ein Geständnis abgelegt.

Berlin, 24. März. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat heute zu dem Tarifsteigerungsprogramm Stellung genommen. Die Sitzung, die bereits zu teilweise recht lebhaften Diskussionen geführt hat, wird auch den Dienstag und Mittwoch noch ausfallen. Trotdem es dem Ausschuss bekannt ist, daß das Reichsverkehrsministerium in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber den geplanten Tarifsteigerungen voll aufrecht erhält, dürfte das Ergebnis der jetzigen Beratungen des Ausschusses doch eine dringliche Befürwortung der ausgearbeiteten Forderungen sein. Geplant ist eine Neuordnung respektive Erhöhung der Frachttarife, während die Personentarife unverändert bleiben sollen.

Memel, 24. März. Vier junge Leute hatten gestern abend in einem kleinen Boot eine Spazierfahrt auf dem Memeler Tief unternommen. Hierbei wurde das kleine Boot von einer entgegenkommenden Welle umgeschlagen und kenterte. Zwei der Insassen hielten sich am Boot fest, während die beiden anderen sofort von der Brandung fortgeschwommen. Einem der jungen Leute war es noch gelungen, bis fast an die Mole heranzuschwimmen. Etwa fünf Meter von ihr entfernt ging er jedoch unter. Auch der vierte Insasse ertrank. Eine Leiche ist bereits heute angeschwemmt worden.

Jülich, 24. März. Eine Schlägerei wurde auf dem Kottbuser Ufer bei Pontorfina von einer Lawine verursacht. Dabei wurde der 17jährige Dr. chem. Wehler aus Ludwigschafen a. Rh. von den Schneemassen vollständig verschüttet und auf der Stelle getötet.

Paris, 24. März. Der Finanzausschuss des Senats hat mit 16 gegen 14 Stimmen den Besetzungsausschuss abgelehnt, der die Rechte für die Gründung des Kabinetts Laval neuorganisierten Minister und Staatssekretärsstellen vorschlägt; eine Anzahl Senatoren hatten es abgelehnt, die Verantwortung hierfür zu übernehmen. Ein sozialistischer Senator wies darauf hin, daß angesichts der Ablehnung dieser Rechte durch die Mehrheit des Ausschusses, die eine politische Zustimmung darstelle, der Vorsitzende der im Ausschuss vertretenen höchsten Senatsfraktion den Bericht für das Plenum ausgearbeitet habe, worauf Senator Biensens-Martin diesen Auftrag übernahm.

Amsterdam, 24. März. Die Niederländische Bank hat den Wechselkurs von 3 1/2 auf 3 1/4 herabgesetzt.

Cuneo, 24. März. Eine fehlerhafte Lokomotive lief im Bahnhof San Valmazzo auf einen Personenzug der Linie Cuneo—Ventimiglia auf. Ein Eisenbahnarbeiter hatte die Maschine unbefugt in Bewegung gesetzt, was dazu, als er sie nicht zum Stehen bringen konnte, abgerungen und hatte sie ihrem Schicksal überlassen. Der letzte Wagen des Personenzuges ging in Trümmer. Zwei Reisende wurden getötet, zwei schwer verletzt. Drei Personen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

New-York, 24. März. Einem Brande fiel heute früh in einem Hause in der Vorstadt Bayside eine ganze Familie von sechs Personen zum Opfer. Das Feuer ist vermutlich durch einen überhitzten Ofen im ersten Stockwerk verursacht worden und hat den übrigen Hausbewohnern den Ausweg abgeschnitten. Unter den Toten befinden sich vier Kinder.

New-York, 24. März. Bei sehr starken Gegenwinden legte die „Europa“ in den letzten 24 Stunden die Meile mit 704 Meilen, das sind durchschnittlich 28,16 Knoten die Stunde, zurück. Der Dampfer war mittags 519 Meilen vom Ambrose-Leuchtturm entfernt.

Amherst (New-York), 24. März. Ein furchtbares Unglück ereignete sich hier dadurch, daß ein Automobil von einem Schneehaufen erschlagen und gegen eine Hauswand geschleudert wurde. Sämtliche Insassen, vier junge Leute und ebenfalls junge Mädchen, wurden entsetzlich verkrümelt. Erst nach Stunden gelang es, eine einzige Person zu identifizieren.

Röm Landtag.

Stuttgart, 21. März. Der Finanzausschuss nahm heute zunächst zu dem Änderungsgesetz zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege Stellung (Ver. Rat). Sowohl der Staatspräsident wie Staatsrat Dr. Degenheimer legten im einzelnen das Aussehen der Streitfälle beim Verwaltungsgerichtshof dar. Es entspann sich darüber eine Debatte, ob ein Präsident dauernd beschäftigt werden könne. Staatspräsident Dr. Wolf bejahte diese Frage bestimmt. Das Gesetz wurde angenommen; desgleichen der Erste Nachtrag zum Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes. Sodann wurde zu einem Schreiben des Innenministeriums vom 11. Februar 1930 betr. die Verbesserung des Hochwasserabflusses des Neckars auf den Markungen Stuttgart-Cannstatt und Mönchweiler Schloß Stellung genommen. Der Reichsausschuss bei der Staatskasse Cannstatt-Mönchweiler beträgt vertraglich für den Staat ca. 500 000 bis 600 000 Mark. Die Beträge werden von Ueberflüssen der Staustufen Obereisingen und Dörfling entnommen. Dem Wunsch des Innenministeriums wird entsprechend einem Antrag des Berichtserstatters Ulrich zugestimmt.

Im die Immunität der Abgeordneten.

Stuttgart, 21. März. Der Geschäftsordnungsausschuss des Landtags hatte in seiner heutigen Sitzung nicht weniger als 9 Anträge auf Obereignung zur strafrechtlichen Verfolgung von Landtagsabgeordneten zu behandeln. Der Abg. Ulrich (Soz.) soll als verantwortlicher Schriftleiter des „Neckar-Echo“ durch Aufnahme eines Artikels „Ein entgleisender Ortsoberster“ den Schultzeisen Diemer in Vampoldsdorf bestraft haben. Dem Abg. Höhring (Soz.) werden als Redakteur der „Donauwacht“ Beleidigungen des Hofmeisters Ehe in Hiberach und des Abg. Dr. Döflinger in Ulm zur Last gelegt. Der Abg. Albert Fischer (Komm.) hat sich wegen Beleidigung des Polizeiwachmeisters Wiedmann in Weisingen, des Fabrikanten Leibaardt dortselbst und des Schultzeisen Döflinger in Bemastungen zu verantworten. Gegen die Abgeordneten Dr. Kurt Schumacher (Soz.) und Höhring (Soz.) soll wegen Beleidigung des Prinzen August Wilhelm von Preußen in der „Schwäb. Tagewacht“ bzw. in der „Donauwacht“ eingeleitet werden, ebenso gegen den Abg. Samed (Komm.) wegen Beleidigung des Schultzeisen Berger in Balersbrunn durch ein Flugblatt. Der Berichtserstatter Pollich (Ztr.) kam in allen 9 Fällen zu dem Antrag, die Genehmigung zur Strafverfolgung der genannten Abgeordneten nicht zu erteilen. Der Ausschuss stimmte den Anträgen zu. Weiter wurde beschlossen, in Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 6. Juli v. J. nunmehr Grundzüge für die Behandlung künftiger Anträge auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten aufzustellen. Zum Berichtserstatter wurde der Abg. Pollich (Ztr.) bestimmt. Endlich berichtete der Berichtserstatter Schief (Dem.) noch über die Prüfung des Rechts der Wählbarkeit der nachträglich eingetretene Abgeordneten Köberle, Bauer, Dögel, Wergenthaler und Ellinger. Der Antrag, diese Abgeordneten als legitimiert zu erklären, wurde ohne besondere Abstimmung angenommen.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 24. März. Im Reichstag wurde heute nach Beratung kleinerer Vorlagen der Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen bei Weizen und Hafer in erster und zweiter Lesung beraten. Mit der Beratung verbunden waren die verschiedenen Initiativanträge der Regierungsparteien und die Anträge anderer Parteien zur Änderung der Höhe für Agrarprodukte. Nach einer Debatte, in der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich das Wort zur ausführlichen Begründung des Regierungsvorlages ergriff, wurde die Regierungsvorlage in erster und zweiter Beratung angenommen; ebenso mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Wirtschaftspartei und zum Teil auch der Rechten die Zolländerun-

gen bei Getreide, Malz, Kartoffeln, Mehl, Kleie und Zucker. Auch dem Monopol wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Ferner wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der bei Lieferungsverträgen über verzollten Kaffee und Tee, die vor dem 5. März 1930 geschlossen worden sind, den Verkäufer berechtigt, vom Käufer Ersatz des Zollunterschiedes zu beanspruchen. Nach Ablehnung eines kommunikativen Antrags auf Ausdehnung vertrat sich das Haus am morgen 3 Uhr.

Zweihundert Millionen für das Reich.

Berlin, 21. März. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium u. dem amerikanischen Bankensyndikat über eine Bevorschussung der 300 Millionen betragenden Kreuzer-Anleihe, über die wir schon berichtet haben, sind endgültig abgeschlossen worden. Dem Bankensyndikat, das unter der Führung der Firma Lee, Higgins u. Company in New York steht, gehören auch einige deutsche Banken an. Es wird zunächst die erste Tranche von 300 Millionen Mark, die durch Kreuzer nach Ratifizierung der Youngleihe am 31. August zu zahlen wären, bevorschusst. Noch im Laufe des April werden also 300 Millionen Mark neue Mittel in die Reichskasse strömen. Der Kredit kostet einschließlich aller Provisionen 5 1/2 Prozent, ist also auch unter den heutigen Zinsverhältnissen als günstig zu bezeichnen. Die restlichen 300 Millionen Mark, die von Kreuzer erst am 31. Mai 1931 ausbezahlt werden, sollen von dem gleichen Bankensyndikat im Laufe des Sommers bevorschusst werden. Da dieser Kredit eine längere Laufzeit hat als der der ersten Tranche, wird er etwas teurer. Er stellt sich auf etwa 5 1/2 Prozent. Gleichzeitig ist, um ein Risiko des Bankensyndikats auszuscheiden, bei einem Ansehen der Diskontsätze des Federal Reserve Boards eine Verringerung des Kredits bis auf 6 1/2 Prozent vorgelesen.

Der Notetat im Reichsrat.

Berlin, 21. März. Der Reichsrat hielt am Montag abend eine Vollversammlung ab, in der zunächst der Notetat für 1930 angenommen wurde. Der Notetat ermächtigt die Reichsregierung, in der Zeit vom 1. April 1930 bis 30. Juni 1930 die zur Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und der rechtlichen Verpflichtungen des Reiches notwendigen Ausgaben zu leisten. Hierdurch wird ein Viertel der für 1930 bewilligten Beträge zur Verfügung gestellt. Der Reichsrat beauftragte sich dann mit dem Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform, der mit 50 gegen 13 Stimmen von Bayern und Thüringen bei 3 Enthaltungen von Ostpreußen, Brandenburg und Bommern angenommen wurde. Der Entwurf enthält 3 Artikel. Der erste behandelt die Sicherung der Arbeitslosenversicherung und ermächtigt den Vorstand der Reichsanstalt, die Beiträge bis auf 1 Prozent zu erhöhen und der Reichsregierung Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung zu unterbreiten. Eine Änderung der Leistungen kann nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen. Weiter bestimmt die Vorlage, daß der Reichsanstalt als Notetat für 1930 50 Millionen aus der Industrieaufbringungsumlage und

bis zu 30 Millionen aus dem 1425 Millionen übersteigenden Lohnsteuerabkommen zuzuführen sind. Artikel 2 des Gesetzes bestimmt, daß die aus Hilfsmitteln der Invalidenversicherung in den Jahren 1930 bis 1935 jährlich zu überweisenden 40 Millionen Mark um die Hälfte gekürzt und dafür bis 1940 gezahlt werden. Artikel 3 schließlich behandelt die Steuerentlastung und Ausgabenersparnisse. Nach dem Beschluß des Reichsrats wird der Finanzminister beauftragt, gemeinsam mit dem Reichsfinanzkommissar ein langfristiges Sparprogramm aufzustellen, das die Grundlage für eine Steuerentlastung und namentlich auch eine Senkung der fortwährenden Ausgaben von 1931 ab gewährleistet. Von den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes für 1930 bis 1931 sollen mindestens 600 Millionen eingespart werden, die für Steuerentlastungen zu verwenden sind.

Die Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Betriebs der Stahlwerke Veder A.G.

Düsseldorf, 21. März. Die Verleitung der Stahlwerke Veder A.G. veröffentlicht ihre Stellungnahme zu einem Vorschlag des Angestelltenrates der Werke Wüllich und der Rheinpfalz-Dütte, in dem der Angestelltenrat im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes sich mit dem Gedanken einer Verabreichung der Gehälter einverstanden erklärt habe. Die Verleitung erklärt sich grundsätzlich bereit, auf dem Boden des Vorschlags des Angestellten- und Betriebsrats zu treten und schlägt vor, daß mit den gesetzlichen Vertretungen der Belegschaft ein besonderes Abkommen abgeschlossen wird. Die Verleitung verpflichtet sich, in diesem Abkommen sämtliche Betriebsanteile des Werkes in Wüllich und Vinn für die Dauer von 12 Monaten weiter in Betrieb zu halten. Die Betriebe werden von allen nicht unbedingt erforderlichen Angestellten und Arbeitern entlastet. Unter Aufrechterhaltung der tariflich festgelegten Grundlöhne einschließlich der tariflichen Abfertigungsschlüsse werden von der Verleitung in den einzelnen Betrieben die Verdienste einer Verabreichung unterzogen; ebenso werden auch die Verdienste der Angestelltenchaft unter Aufrechterhaltung der tariflich festgelegten Gehälter gekürzt. In allen Fällen erfolgen die Kürzungen nach Anhörung der gesetzlichen Arbeitnehmervertretungen. Diese Einsparungen sollen insgesamt eine Ersparnis von rund 120 000 M. im Monat ergeben. Das Abkommen gilt bis zum 31. März 1931. Es ist frühestens zu diesem Termin mit dreimonatiger Frist kündbar. Erfolgt keine Kündigung, läuft es von einem Vierteljahr zum anderen mit dreimonatiger Kündigungsfrist weiter. Die Betriebsvertretungen müssen das bindende Einverständnis mit den genannten Maßnahmen durch Unterschrift jedes einzelnen Betriebsangehörigen (Arbeiter und Angestellten) bis zum 31. März d. J. bei der Verleitung nachweisen.

Schluss der Zollkonferenz in Genf.

Genf, 21. März. Die von der Zollfriedenskonferenz beschlossene Handelskonvention ist heute nachmittags in einer Schluss Sitzung der Konferenz von insgesamt 11 Staaten unter-

zeichnet worden, nämlich von Deutschland, Österreich, Belgien, England, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Dänemark und Schweden. Diese 11 Staaten unterzeichneten alle 3 Bände des Vertragswerks, nämlich die Handelskonvention, das Protokoll für die späteren Verhandlungen und den Schlussakt. Frankreich, Dänemark, England und Italien gaben hierbei Erklärungen ab, daß das Abkommen sich nicht auf die Kolonien der betreffenden Länder erstreckt, soweit darüber die handelsvertraglichen Abmachungen befanden. Frankreich und Italien unterzeichneten noch einmal ihre Vorbehalte bezüglich der inneren Gesetzgebung. Vier Staaten unterzeichneten nur das Protokoll und den Schlussakt, nämlich Portugal, Griechenland, Litauen und Lettland. Dänemark und Schweden beschränkten sich auf die Unterzeichnung des Schlussaktes. Zwölf Staaten, die an der Konferenz teilgenommen haben, entzogen sich der Unterzeichnung, darunter Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und Estland.

Young über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Berkeley (Kalifornien), 21. März. In einer Ansprache bei der Jahresfeier der Gründung der hiesigen Universität behandelte Owen D. Young den Youngplan. Er erklärte, er habe großes Vertrauen zu Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Obwohl nur die Zeit lehren könne, ob die Deutschland angewandte Last zu schwer sei, Deutschland habe die Fähigkeit zu wissenschaftlicher Forschung und die Fähigkeit, sie in der Produktion richtig anzuwenden. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß in den kommenden Jahren dies das Reizwort sein dürfte, aus dem Riesensummen produziert und bezahlt werden. Falls Deutschland keine Zahlungen aus einem solchen Referendum leisten, müsse die übrige Welt acht geben, um die entfruchtenden Wirkungen aus dem Empfang solcher Zahlungen zu vermeiden. Owen D. Young betonte weiter: Unter dem Paris-Plan übernehmen die Gläubigerstaaten, von Deutschland eine Summe einzufordern, die ihre Gesamtsumme Amerika gegenüber um etwa 50 Prozent übersteigt. Sie werden sich einmühen, daß jedes dieser Länder gegen seine Schuldenlast Amerika gegenüber protestiert habe, selbst unter den erfolgreichsten günstigen Schuldenverhältnissen und doch machten sie Deutschland das Kompliment, daß sie annahmen, es könne die Last aller nicht einer beträchtlichen Prämie tragen. Young erklärte weiter: Nichts geht aus den Erfahrungen des letzten Jahres so klar hervor, als die Notwendigkeit, unsere Wirtschaftsmaschinerie von der Herrschaft der Politik frei zu halten. Eine Isolierung ist für Amerika wirtschaftlich oder politisch unmöglich. Keiner darf denken, daß der Lebensstandard Americas dauernd auf einem wirklich höheren Niveau erhalten werden kann, als in den anderen zivilisierten Ländern.

Hochzeits-Karten

liefert rasch und preiswert
die E. Meeh'sche Buchdruckerei.

Württ. Forstamt Neuenbürg. Freihändiger Nadel-Stammholz-Berkauf

aus Staatswald 3 Holzberg, 5 Reutbrunnen, 6 Wänschwald, 9 Brennenwäldle, 24 Rotwiesle, 31 Lor, 63 Hag, 64 Fingertlesbrunnen: 473 Fl., 2959 La., 47 Fo., 11 La. mit Fm.: Langh.: 88 I., 128 II., 296 III., 259 IV., 347 V., 182 VI.; Sägh.: 40 Fm. I./V. Kl. Losverzeichnisse und Angebotsordrucke von der Forstdirektion, G. f. S., Stuttgart.

Stadelmann's Photo-Atelier Birkenfeld
Zweiggeschäft Neuenbürg
Sonntags von 11-1 Uhr
Mittwochs von 1-4 Uhr
Anmeldung erwünscht

Achtung! Cirka 8000 Stck. neue Kaffee-Säcke
aus starkem Handtuchstoff, Gerstenkorn, weiß mit rotem Rand, ganz billig, ungenäht, ungeschliffen und ohne jeden Aufdruck. Aus jedem Kaffee-Sack kann man sich leicht zwei gute brauchbare Handtücher anfertigen. Preis per Sack 68 Pfg. (1 Sack = 2 Handtücher). Direkt an Private ohne jeden verteuerten Zwischenhandel. Lieferung v. 30 Säcken an per Nachnahme franko. Geld zurück bei Nichtgefallen. Lieferung nicht unter zehn Säcken.
Willi Bumann, Bremen, Bentheimstraße 21.

Gemeinderechnungs- und Steuerwesen

(insbesondere für Steuerabrechnungsbuch mit summarischer Berechnung, Hundsteuer, Biersteuer, Vergnügungssteuer, sonstige Einzugsregister, Hauptbücher, Auszahlungsregister), ferner alle Formulare für Oberamt, Oberamtspflege, Gemeindeverwaltungen, Gemeindepflegen usw. sind zu beziehen durch die

E. Meeh'sche Buchdruckerei, Inh. D. Strom
als Mitglied der Formular-Genossenschaft Württ. Buchdruckereien e. G. m. b. H., Stuttgart.
Mustersammlung steht jederzeit zur Verfügung.

Bettfedern, Dauen
kauft man nur in einem realen Geschäft, das großen Umsatz hat.
Sch liefere prima doppelgereinigte, staubfreie Ware, Pfund einzeln verpackt, netto Gewicht zu Mark 0.95, 1.25, 2.50, 3.25, 4.25, 5.00, 6.00, 7.25.
Dauen, wundervoll füllend, grau und rein weiß, Pfund zu Mk. 8.75, 12.00, 15.00,
Inlett, garantiert federdicht und farbecht, 80 Cm. breit Meter von 1.95 an,
Betttücher, prima Hauswuch, 150/225 groß, mit Hohlfaum, Stück 3.95 und 4.50.
Dieselben in schwerem Halbleinen, Stück 6.75.
Johann Kressel, Pforzheim, Genossenschaftsstr. 11, Aussteuern, Trikotagen, Manufakturwaren, Bettfedern.

Betr. Abreß- und Geschäfts-Handbuch für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
Von den ausgegebenen Fragebogen an die stl. Stadt- und Schultheißenämter stehen noch 19 aus; wir bitten dringend um baldige Erledigung, damit die bereits begonnene Arbeit keine Verzögerung erleidet.
Auch von den Fragezetteln an die Hh. Vorstände der Beamten und jene der Vereine fehlt noch eine größere Zahl. Wir legen Wert darauf, daß das Abreßbuch möglichst lückenlos zur Ausgabe gelangt und bitten auch hier um baldige Erledigung. Wo Fragezettel vielleicht verloren gingen, bitten wir, solche anzufordern.
Weiter bitten wir die
Besteller von Interaten
um umgehende Zusendung der Texte.
E. Meeh'sche Buchdruckerei, Inh. D. Strom.

Immer weiße Zähne
Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir Ihnen über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umso mehr da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Wundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnbürsten. Ges. E. Chaboba, Frankfurt a. M. - Chlorodont: Zahnpaste, Mundwässer, Zahnbürsten, Einzelpreis je 1 M. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Neuenbürg
Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltet eine **Öffentliche politische Versammlung**
am Mittwoch den 26. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Bären“ mit einem Vortrag von **Dr. Theodor Henß-Berlin**
über die letzten außen- und innenpolitischen Vorgänge in Reich und Land und ihre Auswirkung für Zukunft. Hierzu ergeht allgemeine Einladung.
Ortsgruppe Neuenbürg.

Preis-Aufgabe!
Istreuz tham innok tsreuz reW

Für die richtige Lösung obigen Sprichwortes habe ich folgende Preise ausgesetzt:

1. Preis: RM. 2000.- in bar,
2. Preis: RM. 1200.- in bar,
3. Preis: 1 EZzimmer,
4. Preis: 1 Schlafzimmer,
5. Preis: 1 Küche,
- 6.-9. Preis: 4 Fahrräder für Damen oder Herren,
- 10.-19. Preis: 10 Sprechapparate,
- 20.-22. Preis: 3 Photo-Apparate,
- 23.-32. Preis: Füllhalter mit Goldfeder,
- 33.-50. Preis: Taschenuhren und eine große Anzahl diverser Trostpreise in reizender Ausführung.

Jeder, der mit der richtigen Lösung einendet, ist Gewinner eines obengenannten Preises.
Die Hauptpreise sind bei Herrn Rechtsanwalt Müller, Braunschweig, hinterlegt. Die Einendung muß sofort erfolgen und verpflichtet Sie zu nichts. Ich bitte, die Lösung in genügend frankiertem Brief einzusenden. Für besonders gewünschte Auskunft wird um Rückporto gebeten.
Ganz besonders mache ich darauf aufmerksam, daß die Durchführung meines Preisausschreibens von Herrn Rechtsanwalt Müller überwacht wird, der auch die Verteilung der Hauptpreise vornimmt. Das Ergebnis meiner vorigen Preisverteilung gebe ich bekannt.
Schreiben Sie noch heute an:
Albert Kriwat, Braunschweig Nr. 432.

Neuenbürg. Tafeläpfel
(Boskoop) hat zu verkaufen
Kreuzart, Marktplatz.

Birkenfeld. Cirka 15 Str. ewiges Mleehen
sind zu verkaufen
Baumgartenstr. 57.
Birkenfeld. Freundl. möbliertes **Zimmer**
in schöner Lage auf 1. ober 15. April zu vermieten.
In erfragen unt. Nr. 100 in der Agentur ds. Blattes.

Birkenfeld. Verkaufe ein schönes Rind
8 Monate alt, um den Tagespreis.

Hauptstraße 14. Langenbrand.
Bei der Beerdigung des Schultheißen Reinschler wurde im Löwen ein Heberzettel mit Monogram G. S.

verwechselt.
Umtausch nächsten Sonntag den 30. ds. Mts. im Löwen erben.

Verkaufe:
2 gl. pl. Bettst. m. Kost 50 M. pol. Waschkommode m. Mark 35, m. Spiegelaufsatz 75 M. pol. Schrank 25-45 M., lack. Schränke 18-30 M., gebt. neue Tische 6-20 M., Küchenschrank 16 M., vollst. Bettst. 45/65-120 M., Einz.-Bettst. Rüste, Matr., Sofa 25-45 M., Schlafz. in weiß u. birken lack. 250-300 M.
Schüttle, Pforzheim, Theaterstr. 4.

Bezug
Monatlich
1.50. D
im Orts-
vertrieb, 10
mi. Verh. A
bestellg.
Preis ein
10

In Fällen
besteht kein
Lieferung d
auf Nichter
Bezug
Bestellungr
Bestellungr
nieren un
jedem

Frankfurt
G. L. G. G. G.

71.

Stuttgart.
hand Deutschla
wart zahlreiche
Holg unter V
Jahresbeginn
präsident Dr. A
treter des Birt
aufichtsamt
Landtagsabge
Geschäftsbericht
beitslosigkeit
1928 116 gegen
Schmig-Duisba
Widerung der
Dr. Holz erkl
3 Fragen der
Landwirtschaftl.
werbetreibende
der 3 Gruppen
nur im Geben
lässe. Jedere
eine gemeinsa
Wenn es nicht
der Fragen be
zur Freiheit

Parteien
Stuttgart, b
transpartei b
des katholische
des Landesam
Justizminister
nach und fern
großem Beif
füßenden, Ju
Reinwahl wied
einen gedräng
Geschäftsbericht
erklärte Lan
ausgiebige Au
am Sonntag
tion ein variat
rat Walter als
partei begrüß
Staatspräsident
Benerie. Sto
Zentrumspart
punkt der Gr
sei wieder mel
dürfte das Jen
leitung der B
Heberzeugung
Die
Die gefirg
kommt nicht u
ten Diskonter
genen Woche
nung die Vor
in Deutschland
am 8. März u
vordiskont un
melter zurück
loy wieder de
Sach wurde d
Geldmarktver
redigiertigt b
fuger den Sat
folgende Ver
Februar 192
1926 7 Proz.
11. Januar 1
1927 7 Proz.
7 1/2 Proz. 2
Prozent, 4
24. März 1928

In der
gründete Re
setzung wie f
ber letzten, a
nung von 6
ung habe fi
mit dem Rik
gelblichen G
Kartien im
neuen Diskon
haben. Unte
torium, troh
nisse sich erg
der letzten D
um 0.5 Proz.
Quartalsulti
über das dor
der Reichsbau
Bage vorerh
reit müsse fr
den inneren
entspreche, u
rigen ausla